

# Platz abbeck

Nr. 3/4, April 2002

Zeitung der PDS Offenen Liste im Rat der Stadt Köln  
V.i.S.d.P. PDS Ratsgruppe, Haus Neuerburg, Gülichplatz 3, 50667 Köln,  
Telefon: 221-27840 Fax: 221-27841, e-mail: pds-gruppe@stadt-koeln.de

## ■ Editorial

Liebe Leserin,  
lieber Leser

Mitte März wurde der Haushalt für das Jahr 2002 verabschiedet. Die PDS-Offene Liste hat gegen den von der CDU/FDP geprägten Haushalt gestimmt. Bei den Haushaltsberatungen am 19. März spielte natürlich auch die Korruptionsaffäre der SPD eine Rolle. Dabei wies die PDS-Offene Liste auch auf die Verbindung der Familie des FDP-Fraktionschef zur Firma Trienekens hin. Schreiend und wutschnaubend verließ Sterck den Sitzungssaal. Als die beruflichen Verbindungen von Herrn Bietmann zu der Firma Trienekens angesprochen wurden, kam es zu regelrechten Tumulten seitens der CDU-Fraktion. OB Schramma forderte darauf hin, die „sogenannten Vorwürfe“ auf der Stelle zurück zu nehmen. Dem bin ich nicht nachgekommen.

Die Spendenaffäre der SPD ist noch lange nicht ausgestanden. Die anfangs versprochene rasche und rücksichtslose Aufklärung findet nach wie vor nur häppchenweise statt. Offensichtlich ist die SPD derzeit um Schadensbegrenzung bemüht.

Aber auch die CDU macht gegenwärtig eine Rolle rückwärts. Noch in der Haushaltsdebatte versuchte sich die CDU als „Privatisierer“ zu profilieren. Jetzt auf einmal kündigt CDU-Chef Bietmann den Kauf der Trienekens durch die Stadtwerke an. Er wolle damit stabile Müllgebühren sicherstellen. Eine Ausgabe von 40 Millionen Euro könne sich in der Müllbranche locker refinanzieren, so Bietmann in der Presse. Deutet sich damit eine Bankrotterklärung der bisher verfochtenen Privatisierungspläne an? Wir lehnen nach wie vor jegliche Privatisierung städtischen Eigentums ab.

Viel Spaß beim Lesen  
Eure Sengül Senol

## Wird es eine Re-Kommunalisierung der Abfallwirtschaft geben?

Die neuesten Enthüllungen über Hellmut Trienekens haben die PDS Offene Liste nicht weiter überrascht. Hatte doch die PDS bei der Privatisierung der Abfallwirtschaftsbetriebe im Sommer 2000 bereits gewarnt: „Köln befindet sich in den Fängen des Monopolkapitals!“ Deshalb forderten die PDS-Ratsmitglieder Anfang April 2002 in der Öffentlichkeit: „Köln muss weg von Trienekens und RWE. Köln braucht einen kommunalen Abfallwirtschaftsbetrieb. Wir müssen die gesamte Privatisierung rückgängig machen und uns notfalls mit anderen Gemeinden zusammenschließen. Die Abfallentsorgung ist Bestandteil der kommunalen Daseinsvorsorge.“

Umso mehr überraschte uns, dass der Fraktionsvorsitzende der CDU am 13. April im Kölner Stadt-Anzeiger erklärte, die GEW werde ins Abfallgeschäft einsteigen und sich bemühen, die Anteile der Familie Trienekens zu erwerben, sowohl bei der Trienekens Köln GmbH, aber auch bei der AWB und AVG.

Diesen Schritt über die GEW zu organisieren, macht Sinn, weil der städtische Haushalt überhaupt nicht die Möglichkeit hat, die Familie Trienekens abzufinden. Faktisch handelt es sich um eine Zerschlagung des Trienekens-Konzerns. Eine Abfindung wird die raffgierige Familien noch einmal einstreichen, da wird man nicht drum herum kommen. Trotzdem muss die Öffentlichkeit darauf achten, dass der Trienekens-Klan nicht noch einmal dick absahnt.

Ist dieser Vorgang nicht aber auch ein Hinweis, dass die öffentliche Daseinsvorsorge bei der Müllbeseitigung unbedingt

garantiert werden muss, und eine Privatisierung gescheitert ist? Dieses Eingeständnis werden CDU, FDP, aber auch die SPD nicht machen. Bietmann geht es darum, mit seinen Plänen im Bundestagswahlkampf glänzen zu können. Wir sind gespannt darauf, ob ein solches Vertragswerk einer Re-Kommunalisierung noch vor dem 22. September 2002 zu Stande kommt.



Es ist auch möglich, dass die CDU langfristige Pläne spinnt, die GEW nach der Trienekensübernahme zu privatisieren oder eine Art kommunale Genossenschaft zu gründen, in Form von Bürgeraktien. Solche Diskussionsansätze gibt es auf jeden Fall in den Reihen der Christdemokraten, und der „Privatisierungsbeauftragte“ Ralf Sterck reibt sich die Hände. Vorsicht ist also angesagt!

Die Korruptions- und Bestechungsaffären haben aber auch gezeigt, dass der Rat mehr Transparenz und Öffentlichkeit braucht. Dazu hat die PDS-Ratsgruppe jetzt einen Antrag in den Rat eingebracht, der die Verwaltung auffordert, zu prüfen, wie mehr Entscheidungen im öffentlichen Sitzungsteil von Rats- und Ausschusssitzungen gefasst werden können.

Jörg Detjen

Auf der Tagesordnung des Rates steht die Schließung des städtischen Krankenhauses in Rosbach/Sieg. Dabei versteckt sich die Stadt hinter dem Landesgesundheitsministerium, das beabsichtigt, das Krankenhaus aus dem Krankenhausplan herauszunehmen. In den letzten Jahren wies das 70-Betten-Haus lediglich eine Auslastung knapp über 50 Prozent aus.

Die PDS/Offene Liste sieht diese Schließung als ersten Schritt in dem groß angelegten Plan, sich von allen städtischen Kliniken zu trennen und sie an private Investoren wie die Sana Kliniken GmbH zu verkaufen.

Zeitungen berichteten über die „erfolgreichen Privatisierungsvorhaben“ dieser Firma. So will sie bis 2005 das Remscheider Klinikum zu einem „gewinnbringenden Krankenhaus mit Modellcharakter“ umstrukturieren. Von den bisher 750 Betten sollen dann noch 550 übrigbleiben und eine „hochmoderne Versorgung in einem 60 Millionen teuren Neubau“ erfolgen. Im Verlauf der letzten zehn Jahre hat sich die öffentliche Trägerschaft an Krankenhäusern drastisch reduziert.

Waren 1990 von 2242 Häusern noch 1043 in Trägerschaft von Städten oder Kreisen, so waren es im Jahr 2000 nur noch 740. Bei Privatisierungen blieben bis zu 20 Prozent der Stellen auf der Strecke, bei Auslagerungen einzelner Krankenhausbereiche (Reinigung, Wäsche, Küche) mussten die Angestellten finanzielle Einbußen zwischen 25 und 30 Prozent hinnehmen, weil sie aus den bisherigen Tarifen herausgelöst wurden. Ausbildungsplätze werden abgebaut.

Die PDS/Offene Liste lehnt die fortschreitende Kommerzialisierung des Gesundheitswesens entschieden ab. Das Ge-

## Krankenhaus Rosbach: Einstieg in die Privatisierung?



Attac und ver.di-Aktion in der Innenstadt am 5.4.2002

sundheitswesen ist ein hohes Gut. Es darf nicht dem Markt untergeordnet werden. Private Kliniken sind Unternehmenszielen untergeordnet. Sie setzen sich ausdrücklich nicht das Ziel der flächendeckenden Grundversorgung der Patienten. Demgegenüber müssen die medizinische Notwendigkeit und die Qualität die entscheidenden Parameter im Krankenhausbereich darstellen.

Die Gewerkschaft ver.di setzt sich mit ihrer „Gesundheitskampagne 2002“ für folgende Ziele ein:

- Ein qualitativ hochwertiges und effizientes Gesundheitswesen für alle, das sich am Bedarf der Bürgerinnen und Bürger orientiert und Gesundheitsförderung,

Behandlung, Rehabilitation und Pflege umfasst.

- Eine solidarische und paritätische Finanzierung, die auf die Zukunft hin weiterentwickelt und gestärkt wird.

- Eine gute Ausbildung und gute Arbeitsbedingungen für alle, die für die Gesundheit anderer sorgen.

Mit einem Aktionstag am 5. April informierte die Gewerkschaft die Öffentlichkeit auch in Köln über die geplanten Verschlechterungen im Gesundheitswesen und sammelte Unterschriften gegen eine „Zweiklassenmedizin“ und für die Verbesserung der Versorgungsqualität.

Sengül Senol/hum

## Geldstrom für die Ratsgruppen?

**Berufungsklage vor dem OVG Münster**

In dem vor dem Oberverwaltungsgericht Münster seit Mai 2001 (Az 15A1958/01) anhängigen Rechtsstreit des Regierungspräsidenten Düsseldorf gegen die Stadt Oberhausen wegen der Zahlung von Zuwendungen an Ratsgruppen ist noch immer nicht mündlich verhandelt worden. Oberhausen will im Gegensatz zu anderen Städten, so auch Köln, an seine beiden FDP- und PDS-Ratsgruppen personelle und sächliche Zuwendungen zahlen. Das Verwaltungsgericht Düsseldorf hatte dem im Grundsatz zugestimmt.

Nach Lage der Dinge wird das OVG Münster die Berufung wegen seiner grundsätzlichen Bedeutung in Kürze zulassen. Das Oberste Verwaltungsgericht musste in der Zwischenzeit eine Vielzahl kommunalrechtlicher Streitigkeiten ent-

scheiden, bevor es nun endlich die Geschäftslage zulässt, einen Termin zur mündlichen Verhandlung noch in diesem Jahr nach der noch ausstehenden Vorentscheidung über die Berufungszulassung anzuberaumen.

Dem 15. Senat steht allerdings im Juli ein Wechsel des Berichterstatters bevor. Nachfolgerin des an das hiesige VG Köln wechselnden Richters Fleischfresser wird Verwaltungsrichterin Wagner, die sich dann federführend mit dem Rechtsstreit befassen wird. *breu*

## Unabhängige Beratungsstelle für Flüchtlinge

Vor kurzem wurde eine „Unabhängige Beratungsstelle für Flüchtlinge“ in der Vorgebirgsstraße in Zollstock eingerichtet. Das Beratungsangebot ist ausgerichtet auf Flüchtlinge, die ohne erforderliche Papiere nach Deutschland eingereist sind. Die

Beratung erfolgt unabhängig, vertraulich und kostenlos. In dem Haus sind bereits Flüchtlinge untergebracht. Auch Behörden, so das Ausländeramt, Sozialamt und das Wohnungsamt sind in einer „dezentratübergreifenden Arbeitsgruppe“ vertreten. Neben der Klärung organisatorischer Fragen können sich die Flüchtlinge über ihre Rechte informieren.

An der Eröffnung nahmen für die PDS-Offene Liste die Bundestagsabgeordnete Ulla Lötzer und Sengül Senol teil. In ihrer Rede kritisierte Ratsfrau Sengül Senol insbesondere den FDP-Fraktionsgeschäftsführer Breite, der das Flüchtlingslager auf dem ehemaligem CFK-Gelände länger aufrechterhalten will und für die Einsperrung von Flüchtlingskindern eintritt. Sengül Senol meinte dazu: „Geschlossene Einrichtungen für Kinder und Jugendliche gibt es in den Altbundesländern nur noch in Bayern. Die FDP frönt einem Rassismus, der anstecken und aufhetzen soll.“

### „Kritische Kundenanschriften“ bei Handy-Verkäufern

D2-Mobilfunkbetreiber VODAFONE warnt Fachhändler und Geschäftspartner vor Handy-Kauf durch Asylsuchende und Flüchtlinge mit einer Adressenliste von 45 Kölner Wohnsitzen, hinter denen sich Personen „mit bandenorganisierten betrügerischen Vertragsabschlüssen“ verbergen sollen.

Gegen diese pauschale Kriminalisierung und Diffamierung hat sich neben dem Kölner Flüchtlingsrat auch die Ratsgruppe der PDS-Offene Liste öffentlich gewandt. Die Gruppe hat die Landesbeauftragte für Datenschutz um datenrechtliche Kontrolle gebeten. Frau Sokoll ließ am 24.3.02 der Gruppe mitteilen, dass sie wegen der besonderen Bedeutung des Falles die Gruppen-Anzeige dem Bundesbeauftragten für Datenschutz übergeben habe; dieser ist nach dem Telekommunikationsgesetz sachlich zuständig. Seine Antwort erwartet die Ratsgruppe in Kürze.

## Getrübter Blick: Einzelhandel sieht Demos im Zwielficht

### Demonstrationsfreiheit oft unter dem „bewölktem Kölner Himmel“

Premiere im Polizeipräsidium: Zu einem „1. Kölner Rechtsgespräch“ über „Versammlungsfreiheit – Möglichkeiten und Grenzen staatlicher Beschränkungen“ hatte kürzlich Kölns oberster Polizist, Präsident Klaus-Jürgen Steffenhagen, ins neue Domizil geladen. Die Veranstaltung im Forum 3 des Hauses am Kalker Walter-Pauli-Ring war gut besucht – Polizei, Staatsschutz, Verfassungshüter und Wirtschaftsleute waren bis auf wenige Vertreter der Gerichte und der Presse unter sich. Der kommunale Polizeibeirat fehlte komplett. Er debattierte zeitgleich nebenan im LVR Deutz in der Ratssitzung über Anfragen, Anträge und Beschlussvorlagen.

Auf dem Podium derweil eine illustre Herrenrunde: Prof. Dr. Peter Tettinger, Dekan der Rechtswissenschaft Uni Köln, Michael Kniessel, Rechtsanwalt, Dr. Joachim Arntz, Präsident des Verwaltungsgerichts Köln, Franz Sommerfeld, Chefredakteur Kölner Stadt-Anzeiger, und der Gastgeber.

Bereits vor einem Jahr hatte sich der Einzelhandelsverband Köln unisono mit City-Marketing in einem Schreiben (15.2.01) an die Öffentlichkeit gegen die „Flut“ von Demos an Samstagen in der Innenstadt ausgesprochen. Auch die Kölner Bundestagsabgeordneten wurden damals um „Mithilfe“ bei der Aushebelung des Grundrechts auf Versammlungsfrei-

Fortsetzung S. 4

### ■ Nippes

## Barbarastraße: Ampel kommt

In ihrer März Sitzung beschloss die Bezirksvertretung Nippes einen Prüfantrag an die Verwaltung zur Einrichtung einer Ampel für Fahrradfahrer an der Barbarastrasse.

Michael Weisenstein, der Vertreter der PDS-Offene Liste, hatte den Antrag eingebracht, weil die jetzige Regelung Radfahrer zu verkehrswidrigem Verhalten ermutigt und Autofahrer irritiert.

### ■ Nippes

## PDS-OL gegen Privatisierung der Märkte

Gegen die Privatisierung der Tages- und Wochenmärkte im Stadtbezirk 5 richtet sich ein Antrag der PDS-Offene Liste an die Bezirksvertretung.

Eine Beteiligung an dem vom Wirtschaftsausschuss im Februar beschlossenen Pilotprojekt wäre ein Verzicht auf das seit Jahrhunderten bei der Stadt Köln liegende Marktrecht. Mit einem Abgehen von diesem Recht würde sich die Stadt einem weiteren Stück Verantwortung für die Daseinsfürsorge der Bevölkerung entziehen.

In seiner Begründung für den Antrag weist Michael Weisenstein (PDS-OL) auf die Gefahr hin, dass die Märkte ebenso wie der Einzelhandel durch die großen Lebensmittelketten monopolisiert werden könnten. Kleinere Marktbesitzer müssten dem größeren werdenden Konkurrenzdruck auf Dauer weichen. Dadurch ist die Vielfalt der multikulturellen Märkte im Stadtbezirk gefährdet.

Weisenstein erinnert ferner daran, dass die Entscheidungsbefugnis über die Durchführung von Märkten lt. Hauptsatzung der Stadt bei den Bezirksvertretungen liegt.

## Fregatte „Köln“

### Unterschriften gegen Patenschaft

Mit einer Unterschriftensammlung wollen verschiedene Organisationen der Kölner Friedensbewegung ihrer Forderung Nachdruck verleihen, die Patenschaft der Stadt über die Fregatte „Köln“ aufzukündigen. Das Kriegsschiff ist derzeit am Horn von Afrika im Einsatz. In dem Aufruf heißt es u.a. „Die Annullierung der Patenschaft soll einerseits ein Signal an unsere Regierung

sein, dass die ständig steigenden Kosten für das Militär bei sinkenden Sozialleistungen nicht mehr akzeptiert werden. Andererseits soll der Bevölkerung – besonders der Jugend – gezeigt werden, dass unsere Stadt mit der stetig ansteigenden Militarisierung der Gesellschaft nicht einverstanden ist... Der Name unserer Stadt soll für eine Politik des Friedens stehen!“

*Unterschriftenlisten und nähere Informationen bei Rolf-Rüdiger Noack, Riehler Gürtel 10, 50735 Köln.*



Die Überreste eines Rettungsbootes des Kreuzers „Cöln“, der im August 1914 vor Helgoland geschlagen und versenkt wurde, hängen in einer Nische des Eigelsteintores. Ein zweites Kriegsschiff mit dem Namen „Köln“ wurde 1945 in Wilhelmshaven zerbombt.

Foto: breu

# Ein Preußenkönig – sein Gefolge und seine Untertanen

## Das Heumarkt-Standbild wirft noch heute dunkle historische Schatten

In vier Etappen – von 2002 bis 2005 – soll das Reiterstandbild auf dem Heumarkt wieder hergestellt werden, wenn es nach dem Willen des Kulturausschusses geht, der am 7. Mai 2002 darüber endgültig beschließen wird, nachdem zuvor die Beschlussvorlage der Verwaltung im Ausschuss und in der April-Ratssitzung zurückgezogen werden musste, weil die Auftragsvergabe der künstlerischen Werkarbeiten verdingungsrechtliche Fragen aufgeworfen hatte, die aber wider Erwarten durch das Rechnungsprüfungsamt schnell und positiv beantwortet werden konnten. Die Bedenken sind ausgeräumt.

Die Bezahlung der 1,75 Millionen Euro teuren Erneuerungsarbeiten erfolgt in vier Jahresraten, wovon die Stadt mit 1,224 Millionen Euro den größten Batzen zahlen wird.

Die PDS-OL-Ratsgruppe unterstützt die Bemühungen, das Reiterdenkmal des Preußenkönigs Friedrich Wilhelm III. (1770/1840) auf dem Heumarkt zu restaurieren. Sie sieht darin den nachhaltigen Versuch, preußische Tugenden und Untugenden im Wandel des Zeitgeistes mehrdeutig sichtbar zu machen. Deshalb sollte die Rekonstruktion so weit wie möglich dem Ursprungsentwurf folgen. Nur so wird das Standbild zu einem „Denk-Mal“, erst recht mit dem schulterhohen Gitter, das einerseits eine „unstandesgemäße“ Nähe zum Monarchen verhindert, andererseits gerade diese feudalistisch-großbürgerliche Distanz zur heutigen Republik deutlich spürbar macht. Nicht zu verhindern: Sicher wird sich auch in Zukunft ein Kölner Heinrich Spoerl – der Autor von „Der Maulkorb“ war Düsseldorfer! – finden, um ausgerechnet als Staatsanwalt seinem obersten Dienstherrn Fritz Willi Drei einen Maulkorb zu verpassen.

Das Reiterdenkmal muss überwiegend aus öffentlichen Mitteln bezahlt werden, um chauvinistischen Kräften in dieser Stadt keinen Vorwand zu geben, das Standbild für ihr Leitbild zu retuschieren. Dazu kann an Ort und Stelle auch ein plakativer Hinweis auf die Geschichte Rheinpreußens – etwa durch Bronzeplatten im Boden oder vor dem Ziergitter – einer Legendenbildung durch wen auch immer entgegenwirken.

Mit dem Denkmal verbinden sich gerade für demokratische Sozialisten tiefe Wurzeln, die immer noch gesellschaftspolitisch treiben. In seine Regentschaft (ab 1797) fallen grundlegende Umwälzungen der deutsch-bündischen Gesellschaft durch Industrialisierung und Modernisierung. Die Arbeiter wurden im Laufe des

19. Jahrhunderts zur bei weitem größten gesellschaftlichen Schicht. Ihre gewerkschaftliche und politische Bewegung, die Arbeiterbewegung, wuchs, soweit sie sich überhaupt einigermaßen frei entfalten durfte, zu einer viel bewunderten Massenbewegung. Zwar blieb ihr politischer Einfluss in jener Zeit begrenzt, aber die Millionen von Arbeitern wurden zu einer mächtigen gesellschaftlichen Kraft verschmolzen. Das Reiterstandbild hält bei Sozialisten die Erinnerung an die Arbeit unter den Bedingungen der industrie-kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsverfassung – Heimarbeit/Lohnarbeit, Landarbeit/Gesindedienst – wach. Ist nicht die Frage nach ihren Rechten in der Arbeit, im Betrieb, aber auch in den Städten, als Mitbürger in der Gesellschaft auch heute noch eine der brennendsten Fragen, die sich demokratische Sozialisten stellen? Die Abhängigkeit von der Lohnarbeit – wie wirkte und wirkt sie sich im täglichen Leben aus? –

Die Preußen im Rheinland – ihr Werden und Wirken ist nicht nur am Reiterstandbild ablesbar, sondern ungeschminkt wissenschaftlich kritisch aufbereitet im Rheinpreußen-Museum Wesel. Der sozialgeschichtliche Exkurs an den Niederrhein ist spannend und lehrreich zugleich.

Wolfgang Breuer



**Preußen und Kölner verband stets eine herzliche Abneigung: der König zeigt der Stadt das Hinterteil, die Bürger ihrem allerwertesten Oberhaupt die kalte Schulter.**

Foto: breu

Fortsetzung von Seite 3

heit (Art. 8 GG) eingeschaltet. PDS-MdB Ulla Jelpke wies seinerzeit das Ansinnen der Kaufleute empört zurück. Wie die anderen Abgeordneten reagierten, blieb im Dunkeln. Die Befürworter von Beschränkungen des Versammlungsrechts hält das aber seither nicht ab. Munter agieren sie in ihren geschlossenen Zirkeln weiter gegen die Verfassungsgarantie, als ginge es ums Sein oder Nichtsein des aggressiven Bettelns um jeden Käufer-Euro.

Die Vertreter aus Ökonomie, Profit und Kommerz einerseits, Exekutive und Judikative andererseits, nahmen im Forum kein Blatt vor den Mund. Ja, man höre und staune, die Runde wählte sich bereits auf einem „Kölner Weg“, will heißen: „Kölsche Lösungen“ für Demos. Ein gefährlicher, im Prinzip verfassungsfeindlicher Weg, auf diesem Pfad ein fundamentales Bürgerrecht mit instrumentalisierter rheinischer Frohnatur vor Ort als fragwürdig abzutun. Dem folgten denn auch Polizeipräsident, Rechtswissenschaftler und Gerichtspräsident nicht.

Sie appellierten an die Schrittmacher der Gegenseite, endlich positiv zu akzeptieren, dass das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit als unmittelbar geltendes Recht nur unter den Vorbehalten des Versammlungsgesetzes und des Landes-Feiertagsgesetzes Auflagen und Abstriche duldet. Zeit und Ort von Versammlungen (Kundgebungen) und Aufzügen (Demos) bestimmt der veranstaltende Bürger selbst, nicht die Behörde, die die Anmeldung grundsätzlich nur entgegenzunehmen hat.

Uneinsichtig und ablehnend zeigten sich im Verlauf der Diskussion die Demogegner. Mit juristischen Tricks und Finten versuchten sie immer wieder, Demos „kreativ“ zu erschweren, wenn nicht unmöglich zu machen. Beistand erhielten sie dabei von Rechtsanwalt Kniesel, der forderte, Drittbeteiligte, das sind Anlieger und Anwohner, in den Entscheidungsprozess des Polizeipräsidenten einzubinden. Kaufhof-Chef Günter Lukoschus sprach sich störrisch für demofreie Samstage und demofreie Wege in der Innenstadt aus. Er verstieg sich sogar zu der Forderung, nur alle drei Monate Demos zum selben Thema, ähnlich den Fristen für die Wiederbefassung in Rat und Bezirken, zuzulassen oder Demos ohne örtlichen Bezug zu verbieten.

Das immer wieder von der Kaufleuten-Lobby vorgebrachte Argument, Umsatz-einbußen hinnehmen zu müssen, rückte Gerichtspräsident Dr. Arntz zurecht. Umsatz-einbußen könnten Auflagen für Zeit und Ort nur dann bestimmen, wenn sie existenzvernichtend zu werden drohten. Das müsse aber durch Offenlegung der Bücher bewiesen und nicht nur befürchtet oder vorgetäuscht werden. Bislang habe kein Betrieb seine Buchführung offengelegt. breu